

Stellungnahme der Grünen Steglitz-Zehlendorf

Unterbringung von Geflüchteten: Gute Lösung statt verspielter Schulstandort nötig!

Nun ist die Stellungnahme des Landesdenkmalamts zu den Planungen des Senats, am Ostweg 53 und 63 eine MUF (Modulare Unterkunft für Flüchtlinge) zu bauen, offiziell: Die Grundstücke liegen in unmittelbarer Nähe zu dem denkmalgeschützten Gelände des ehemaligen Telefunken-Werks, so dass eine Bebauung mit Modulen der standardisierten MUFs nicht zulässig ist.

Als Standort wurden die Grundstücke nicht vom Bezirk benannt, sondern von der Senatsverwaltung für Finanzen, denn sie wurden im Jahr 2012 an das Land Berlin übertragen. Bereits im Jahr 2014 wurden die Grundstücke für den Bau einer Notunterkunft vom LAF (damals LaGeSo) geprüft und als nicht ausreichend abgewiesen.

Wir Grüne haben die Schulstandort-Position weiterhin vertreten als es hieß, die Grundstücke nun mit einem MUF 2.0 zu bebauen. Wir haben mit eigenem Antrag einen Ersatzstandort vorgeschlagen, leider waren die Verhandlungen zwischen Senat und der Eigentümerin BIMA hierzu erfolglos. In mehreren Sitzungen der BVV wurde der Standort im Zusammenhang mit dem Bedarf eines Schulstandortes in diesem Wohngebiet diskutiert: Zunächst als Erweiterung der Kopernikusschule geplant, wurde er für die Zusammenführung von der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule angemeldet. Eine breite Mehrheit der BVV hat sich für den Schulstandort mehrmals ausgesprochen, nicht zuletzt im Hinblick auf den bezirks- und berlinweit zu erwartenden Mangel an Schulplätzen und an öffentlichen Grundstücken für den Neubau hierzu. Die beiden jetzigen Schulgebäude der Anna-Essinger-Gemeinschaftsschule (Tietzenweg 101 und Am Rohrgarten 9) könnten nach der Zusammenführung als zwei weitere Schulstandorte genutzt werden. Auch nach der Benennung von zwei weiteren Ersatzstandorten durch das Bezirksamt beharrten die nun drei zuständigen Senatsverwaltungen jedoch für den Bau einer MUF, so dass der Standort zu einem Konflikt zwischen Bezirk und Senat wurde.

Wir als Grüne sind hier weiterhin in aller Deutlichkeit für einen Standort zur Unterbringung von Geflüchteten am Hohentwielsteig. Hier steht bereits ein kurzfristiges „Tempohome“, welches demnächst aufgegeben werden soll. Wir sind hier klar für die Fortführung in Form einer MUF.

Besonders möchten wir die engagierte Arbeit der Bürgerinitiative „Schul- und Sportstandort Ostweg“ hervorheben und uns bei ihnen für den konstruktiven Umgang mit dem Konflikt sowie für ihre Vorschläge für Ersatzstandorte für die Unterbringung von Geflüchteten bedanken.

Es ist seit langem klar, dass die Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirk bei der Standortsuche für die Unterbringung von Geflüchteten sehr mangelhaft funktioniert. Es ist auch klar, dass im Hinblick auf den Bezirk es wir Grüne innerhalb der schwarz-grünen Zählgemeinschaft sind, die die treibende Kraft bilden. Die vom Bezirk benannten Grundstücke kommen von Grünen Stadträtinnen und wir haben die

meisten Vorschläge zu Ersatzstandorten gemacht. Wir haben Kompromisse treffen müssen, die uns viel Unmut auch in den eigenen Reihen gebracht haben – etwa beim Standort Leonorenstraße und jetzt aktuell beim Dahlemer Weg 247. Anfang letzter Woche hat der BUND e.V. einen Widerspruch gegen die Entwidmung der öffentlichen Grünfläche eingereicht. Wir sind mit dem BUND e.V. im Gespräch und warten die Ergebnisse ab.

Im Rahmen der gesamtstädtischen Unterbringung von Geflüchteten stehen wir aber zur Verantwortung unseres Bezirks, Wohnraum für Geflüchtete auch in Steglitz-Zehlendorf zu schaffen. Unser Antrag, am Dahlemer Weg behutsam und in kleinem Maße den nördlichen Teil zu bauen, wurde am 14.11.19 in der BVV Steglitz-Zehlendorf mit großer Mehrheit beschlossen. Wir sind diesen Kompromiss eingegangen, weil alle anderen vom Bezirk vorgeschlagenen Grundstücken als nicht geeignet oder als unwirtschaftlich von der Senatsverwaltung für Stadtplanung und Wohnen abgelehnt wurden. Wir traten damit der anhaltenden Kritik seitens der Senatsverwaltungen für Finanzen; für Integration, Arbeit und Soziales sowie für Stadtplanung und Wohnen, Steglitz-Zehlendorf benenne keine Standorte für die Unterbringung von Geflüchteten, entgegen. Anstatt mit dem Bezirk bei diesem so wichtigen Thema zusammenzuarbeiten, nutzen sie es zu einem dauerhaften Bashing gegen die schwarz-grüne Zählgemeinschaft. Auch hierbei werden wir weiterhin eine konstruktive Vermittlung mit der Unterstützung der Grünen Fraktion im AGH und den anderen Fraktionen in der BVV ausüben. Durch die Entscheidung des Denkmalschutzes am Osteweg werden wir in unserer Forderung bestätigt, dass es unabdingbar ist die Standorte genau zu überprüfen. Insbesondere im Kontext zu den infrastrukturellen und vor allem schulischen Gegebenheiten. Wir halten unsere Forderung dem Senat gegenüber aufrecht, sich endlich mit allen Protagonisten zusammzusetzen, um eine vernünftige Unterbringung von Geflüchteten zu realisieren - im Sinne einer erfolgreichen Integration und im Sinne der Anwohner*innen.